

Geschäftsführung Bezirksvertretung 8 (Kalk)

Ansprechpartner/in: Herr Menne

Telefon: (0221) 221-98313 Fax: (0221) 221-98347

E-Mail: dieter.menne@stadt-koeln.de

Datum: 29.08.2008

Beschlussprotokoll

über die **33. Sitzung der Bezirksvertretung Kalk** in der Wahlperiode 2004/2009 am Dienstag, dem 26.08.2008, 17:06 Uhr bis 20:31 Uhr, im Bürgeramt Kalk (Nebengebäude des Bezirksrathauses), Raum 901

I. Öffentlicher Teil

- 3 Einwohneranträge gem. § 25 GO, § 15 Abs. 7 HS
- 3.1 Eingabe zur Verbesserung der Parksituation für Anwohner der Peter-Stühlen-Straße (Az.: 02-1600-25/08) 2177/2008

Bezirksbürgermeister Dohm stellt zunächst den mündlich gestellten Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Abstimmung:

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Möglichkeiten des Anwohnerparkens im weiteren Umfeld der KölnArcaden zu prüfen und der Bezirksvertretung eine entsprechende Beschlussvorlage vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und des Einzelvertretern Demirel (Die Linke.Köln) abgelehnt.

Anschließend lässt Bezirksbürgermeister Dohm über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Kalk bittet die Verwaltung zu prüfen, mit welchen Möglichkeiten in dem in Rede stehenden Bereich der Peter-Stühlen-Straße das Parken legalisiert werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zugestimmt.

- 7 Anträge gem. §§ 3, 40 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
- 7.2 Vorschläge und Anregungen gem. § 37 Abs. 5 Satz 5 GO
- 7.2.1 Antrag zur Vertretung der Bezirksvertretung in der Jury bei von der Stadt Köln ausgeschriebenen Wettbewerben, die den Bezirk Kalk betreffen Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 04.06.2008 AN/1164/2008 Ersetzungsantrag der CDU-Fraktion vom 26.08.2008 AN/1709/2008

Hinweis: Der Ersetzungsantrag der CDU-Fraktion liegt als Tischvorlage vor.

Bezirksbürgermeister Dohm lässt über den Ersetzungsantrag der CDU-Fraktion abstimmen:

Beschluss:

Die Bezirksvertretung beschließt, den Rat und die zuständigen Ausschüsse aufzufordern, bei zukünftigen von der Stadt ausgeschriebenen Wettbewerben oder Workshopverfahren, die den Bezirk betreffen, den in den Ausschüssen mit Stimmrecht vertretenen Fraktionen der Bezirksvertretung Kalk je mindestens einen Platz in der Jury mit Stimmrecht oder im Workshop ein frühzeitiges Mitspracherecht einzuräumen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimme des Einzelvertreters Kirchner (NPD) zugestimmt.

7.2.2 Parkplatzausfahrt neben Haus Rösrather Straße 565 (u.a. REWE-Markt) in Rath/Heumar
Antrag der SPD-Fraktion vom 02.06.2008
AN/1253/2008

Bezirksbürgermeister Dohm lässt über den aufgrund des Vortrags durch die Verwaltung geänderten Beschlusstext abstimmen:

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, durch bauliche Maßnahmen die Situation an der Parkplatzausfahrt zu verbessern.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

7.2.3 Radverkehrskonzept für den Stadtbezirk Kalk Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 03.06.2008 AN/1261/2008

Bezirksbürgermeister Dohm lässt über den durch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen geänderten Antragstext, jedoch nach Ziffern 1 und 2 getrennt, abstimmen:

Beschlüsse:

1. Die Verwaltung wird gebeten, für den Stadtbezirk Kalk ein Radverkehrskonzept mit Prioritätenfestsetzungen zu erstellen. Dieses soll beinhalten, welche Radwegeverbindungen zu schließen sind, welche neuen Radwege zur Verbesserung des bestehenden Netzes erforderlich sind und an welchen Stellen Reparaturen von Radwegen erfolgen müssen. Dabei sind die Anschlüsse an das Radwegenetz der angrenzenden Stadtbezirke zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Mit 8 Stimmen (SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Einzelvertreter Demirel -Die Linke.Köln-, Einzelvertreterin Wirtz -FDP-) gegen 8 Stimmen (CDU-Fraktion, Einzelvertreter Kirchner -NPD-) bei Stimmengleichheit <u>abgelehnt</u>.

2. Darüber hinaus wird die Fachverwaltung gebeten innerhalb der Verwaltung einen Ansprechpartner für den Stadtbezirk Kalk zu benennen. Dieser soll neben der Initiierung und Durchführung der Planungen ein Ansprechpartner für die BürgerInnen sein, der Beschwerden und Anregungen zum Radwegenetz aufnimmt. Entsprechende Bekanntmachungen sind in der Öffentlichkeit zu initiieren.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und des Einzelvertreters Demirel (Die Linke.Köln) <u>abgelehnt</u>.

7.2.4 Mitgliedschaft der Stadt Köln im "Städtenetzwerk Innenstadt NRW"
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 05.06.2008
AN/1267/2008

Der Punkt ist zu Beginn der Sitzung vertagt worden.

7.2.5 Sicherungsmaßnahmen im Bereich der Querungshilfen auf dem Brücker Mauspfad in Höhe Siedlung "Im Langen Bruch" nach Unfällen Antrag der CDU-Fraktion vom 06.08.2008
AN/1580/2008

Bezirksbürgermeister Dohm lässt über den durch die CDU-Fraktion geänderten Antragstext abstimmen:

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, in ihre Kompetenz fallende verkehrsrechtliche Maßnahmen kurzfristig umzusetzen, bzw. mit dem Landesbetrieb Straßenbau NRW erneut Kontakt aufzunehmen, mit dem Ziel, dass dieser zusätzliche verkehrssichernde Maßnahmen umsetzt. Hier

ist z. B. die Versetzung des Schildes "Überholverbot aufgehoben" hinter das Ortsausgangsschild in Richtung Dellbrück von Höhe Autobahnbrücke auf dem Brücker Mauspfad vor die Einmündung "Im Langen Bruch" in den Brücker Mauspfad sinnvoll.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

7.2.6 Instandsetzung der Sitzgruppe auf dem Platz zwischen Kapellenstraße und Franklinstraße
Antrag der CDU-Fraktion vom 06.08.2008
AN/1581/2008

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Kalk bittet die Verwaltung, die öffentliche Sitzgelegenheit auf dem Platz zwischen der Kapellenstraße und der Franklinstraße in Kalk wieder in einen Zustand zu versetzen, durch den die Bürgerinnen und Bürger an dieser Stelle wieder eine angemessene Aufenthaltqualität erleben können.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

7.2.7 Hügelgrab in Köln-Rath/Heumar
Antrag der CDU-Fraktion vom 06.08.2008
AN/1582/2008
Ersetzungsantrag der SPD-Fraktion vom 26.08.2008
AN/1700/2008

Hinweis: Der Ersetzungsantrag der SPD-Fraktion liegt als Tischvorlage vor:

Bezirksbürgermeister Dohm lässt zuerst über den Ersetzungsantrag der SPD-Fraktion abstimmen:

Beschluss:

- 1. Die Bezirksvertretung spricht sich für eine Wiederaufnahme des Kiosk-Betriebes aus.
- 2. Die Bezirksvertretung stellt fest, dass eine darüber hinaus gehende Bebauung des Platzes derzeit rechtlich nicht möglich ist und auch für die Zukunft abzulehnen ist; Grünfläche und Bodendenkmal müssen dauerhaft erhalten bleiben.
- 3. Zur Verbesserung des Umfeldes wird die Stadtverwaltung gebeten, den auf den Bürgersteig auswuchernden Grünbewuchs zu beseitigen und durch geeignete Pflegemaßnahmen den dann erreichten Zustand dauerhaft zu sichern.
- 4. Im Hinblick auf eine mögliche weitere optische Verbesserung der Grünfläche (z.B. durch Einsetzen von Blumenzwiebeln) sollen Anwohner oder umliegende Geschäftsleute für ein Sponsoring gewonnen werden. Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.
- 5. Die Verwaltung wird weiter gebeten, an der Platzseite zum Rather Mauspfad eine Informationstafel aufzustellen, die in geeigneter Weise über das vorhandene Bodendenkmal informiert.

Abstimmungsergebnis:

Mit 8 Stimmen (SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Einzelvertreter Demirel -Die Linke.Köln-, Einzelvertreter Kirchner -NPD-) gegen 8 Stimmen (CDU-Fraktion, Einzelvertreterin Wirtz -FDP-) bei Stimmengleichheit abgelehnt.

Anschließend lässt Bezirksbürgermeister Dohm über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen:

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Kalk bittet die Verwaltung um Vorschläge, wie der Platz zwischen Rösrather Straße / Rather Mauspfad / Nerthusstraße in Köln-Rath/Heumar optisch aufgewertet werden kann und dem dort befindlichen Hügelgrab die Bedeutung zukommt, die ihm aus kulturhistorischen Gründen zusteht.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Enthaltung der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und des Einzelvertreters Demirel (Die Linke.Köln) zugestimmt.

7.2.8 Wiese an der Skater-Bahn Merheimer Heide/Frankfurter Straße Antrag der CDU-Faktion vom 06.08.2008 AN/1583/2008

Beschluss:

Die Verwaltung wird aufgefordert, die Wiese hinter der Skater-Bahn Merheimer Heide/ Frankfurter Straße durch weitere Poller oder Holzpfähle oder andere geeignete Maßnahmen vor dem Befahren zu schützen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

7.2.9 Verkehrssicherungsmaßnahmen an Ortsausgangsbereichen Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion, SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11.08.2008
AN/1584/2008
Gemeinsamer Änderungsantrag vom 26.08.2008
AN/1708/2008

Hinweis: Der Änderungsantrag liegt als Tischvorlage vor.

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, sich mit den entsprechenden Stellen, wie dem Landesbetrieb Straßenbau NRW, ins Benehmen zu setzen, um in den beiden Ortsausgangsbereichen,

 Brücker Mauspfad/Rather Mauspfad zwischen den Stadtteilen Brück und Rath/Heumar in Höhe der Erkermühle und Lützerathstraße zwischen dem Stadtteil Rath und Bensberg in Höhe des Wanderparkplatzes (Nähe Wildgehege)

sowie an ähnlichen Stellen im Stadtbezirk Kalk die gefährlichen Situationen für querende Fußgänger, Radfahrer und für Menschen mit eingeschränkter Mobilität, die durch zu schnell fahrende PKW verursacht werden, durch geeignete Verkehrssicherungsmaßnahmen zu beseitigen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig gegen die Stimme des Einzelvertreters Kirchner (NPD) zugestimmt.

7.2.10 Gemeinsame Resolution gegen internationale Rassistenkonferenz
Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion, der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen und des Einzelvertreters Demirel (Die Linke.Köln)
AN/1585/2008

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Kalk beschließt folgende Resolution:

Gemeinsam sind wir Köln!

Die Bezirksvertretung Kalk nimmt mit Bestürzung und Sorge zur Kenntnis, dass rechtsextreme Kräfte unter dem Titel "Nein zur Islamisierung - Nein zur Kölner Großmoschee" am 19. und 20. September 2008 einen "internationalen Kongress" in Köln veranstalten wollen, an dem u.a. auch führende Personen der rechtsextremen Szene aus Frankreich, Großbritannien und Belgien teilnehmen sollen. Die Veranstalter und angekündigte Referenten sind bekannt dafür, dass sie öffentlich rassistische Propaganda verbreiten, die sich nicht nur gegen hier lebende Muslime richtet.

Die Bezirksvertretung Kalk begrüßt daher die Initiative demokratischer Kräfte, die sich unter dem Aufruf "Wir stellen uns quer: Europäische Rassisten haben in Köln keinen Platz! Gemeinsam sind wir Köln!" versammeln.

Die Stadt Köln gehört dem Städtebündnis gegen Rassismus an und wird daher nicht tatenlos zusehen, dass Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt diskriminiert und diffamiert werden.

Bezirksvertretung und Verwaltung setzen sich dafür ein, dass ein diskriminierungsfreies, friedliches, tolerantes und die Religionsfreiheit achtendes Zusammenleben in unserer Stadt gewahrt bleibt.

Die Bezirksvertretung Kalk unterstützt Verwaltung und Polizeibehörden darin, alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, die dazu beitragen, dass diese Veranstaltung in Köln unterbleibt. Die Stadt Köln und stadtbeteiligte Unternehmen werden im Rahmen ihrer rechtlichen Möglichkeiten keine Räumlichkeiten zur Verfügung stellen. Die privaten Vermieter von Veranstaltungsräumlichkeiten fordert die Bezirksvertretung Kalk auf, ebenso zu verfahren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Hinweis: Einzelvertreter Kirchner (NPD) hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

7.2.11 Ersetzung der Querungshilfe auf dem Neubrücker Ring durch einen Zebrastreifen und Änderung der Geschwindigkeitsbegrenzung auf einem Teilstück des Neubrücker Rings
Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.08.2008
AN/1586/2008

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, die Voraussetzungen einer Ersetzung der Querungshilfe auf dem Neubrücker Ring in Höhe der Bushaltestelle Straßburger Platz durch einen Zebrastreifen zu prüfen und hierbei den Ermessensspielraum weitestgehend auszunutzen. Hierbei ist auch zu überlegen, ob die derzeit vorhandene Fahrbahnverschwenkung, die schon häufig zu riskanten Fahrmanövern geführt hat, im Falle einer Umwandlung entfallen kann. Im Falle eines positiven Prüfergebnisses soll die Ersetzung durch einen Zebrastreifen zügig umgesetzt werden.

Die Verwaltung wird weiter gebeten, nochmals die Geschwindigkeitsbegrenzung von Tempo 50 auf Tempo 30 auf dem ca. 500 m langen Teilstück zwischen den Bushaltestellen Europaring und Straßburger Platz, welches an völlig freier Strecke liegt, zu überprüfen mit dem Ziel, hier einheitlich Tempo 50 in beiden Fahrtrichtungen zuzulassen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

- 8 Verwaltungsvorlagen
- 8.1. Entscheidungen gem. § 37 Abs. 1 GO, § 19 Abs. 1 HS
- 8.1.1 Entwurf der Fortschreibung des Straßenreinigungsverzeichnisses zur Straßenreinigungssatzung;

hier: Ausübung des Anhörungsrechtes gem. § 19 (4) der Hauptsatzung

Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion vom 26.08.2008 AN/1697/2008

Der Punkt ist zu Beginn der Sitzung vertagt worden.

8.1.2 Bericht über den Ausführungsstand der Beschlüsse der Bezirksvertretung Kalk zum 30.04.2008
-Halbjahresbericht3391/2008

Der Punkt ist zu Beginn der Sitzung vertagt worden.

- 8.2 Anhörungen und Stellungnahmen gem. § 37 Abs. 5 Sätze 1,2 GO, § 19 Abs. 4 HS
- 8.2.1 Optimierte Dienstleistung im Bezirk und im modernen Europa 1766/2008
 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19.08.2008
 AN/1644/2008
 Änderungsantrag der CDU-Fraktion
 AN/1710/2008

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen AN/1711/2008

Hinweis: Die Stellungnahme der Verwaltung zur Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19.08.2008 (AN/16445/2008), der Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 26.08.2008 (AN/1710/2008) und der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.08.2008 (AN/1711/2008) liegen als Tischvorlage vor.

Bezirksbürgermeister Dohm lässt zunächst über den <u>ungeänderten</u> Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen:

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Kalk empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt das beigefügte Konzept "Optimierte Dienstleistung – im Bezirk und im modernen Europa" und beauftragt die Verwaltung, die Stufen 1 bis 3 des Konzeptes sofort umzusetzen. Der AVR erhält halbjährlich einen Sachstandsbericht über die Entwicklung des Bürgerservice bei der Stadt Köln.

Die notwendigen Finanzmittel wurden im Rahmen des Veränderungsnachweises in den Haushaltsplan aufgenommen.

Abstimmungsergebnis:

Mit 9 Stimmen (CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) gegen 7 Stimmen (SPD-Fraktion, Einzelvertreterin Wirtz –FDP-, Einzelvertreter Demirel -Die Linke.Köln-, Einzelvertreter Kirchner –NPD-) abgelehnt.

Anschließend lässt Bezirksbürgermeister Dohm über den Beschlussvorschlag der Verwaltung, geändert durch Teile der Änderungsanträge der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abstimmen:

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Kalk empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt das beigefügte Konzept "Optimierte Dienstleistung – im Bezirk und im modernen Europa" und beauftragt die Verwaltung, die Stufen 1 bis 3 des Konzeptes sofort umzusetzen. Der AVR erhält halbjährlich einen Sachstandsbericht über die Entwicklung des Bürgerservice bei der Stadt Köln.

Die notwendigen Finanzmittel wurden im Rahmen des Veränderungsnachweises in den Haushaltsplan aufgenommen.

In dem Konzept sind die nachstehenden Änderungen/Ergänzungen vorzunehmen:

- 1. Auf Seite 16 wird unter Punkt 4.2, erster Unterpunkt ergänzt hinter Dienstaufsicht "und in einfach gelagerten Fällen Fachaufsicht…
- 2. Auf Seite 17, 2. Absatz wird der Satz: "Die fachliche Prüf- und Entscheidungskompetenz verbleibt in allen Fällen beim jeweiligen Fachamt" wie folgt geändert: "Die fachliche Prüf- und Entscheidungskompetenz verbleibt im Regelfall beim jeweiligen Fachamt".
- 3. Auf Seite 26, letzter Absatz: hinter erforderlich: "Diese Leitungsstellen werden soweit möglich durch verwaltungsinterne Umschichtungen erbracht."
- 4. Die Umsetzung des Konzepts soll in mehreren Phasen erfolgen. Zuerst sind die Schulungen der vorhandenen MitarbeiterInnen vorzunehmen (Phase 1).

 Anschließend soll die Implementation der veränderten Aufgaben der Meldehallen (Servicecenter und Infotheke) in zwei Schritten vorgenommen werden (Phase 2):
 - a) Die Aufgaben aus dem Standesamts-, Ordnungsamts- und Gewerbebereich (siehe S. 13 f Konzept) sollen in einem ersten Schritt umgesetzt werden. Die Erfahrungen sind zu dokumentieren und mit einem ausgereiften Monitoring zu evaluieren. Die Ergebnisse sind bei der Implementation des 2. Schrittes (siehe b)) zu berücksichtigen.
 - b) In einem zweiten Schritt sollen dann die (Teil-)Aufgaben aus den Fachämtern in die Bür-gerämter integriert bzw. im Bezirk installiert werden. Dabei ist darauf zu achten, dass niedrigschwellige Zugänge und gute Erreichbarkeit in der Lebenswelt der Familien erreicht wird (Jugendamtsaufgaben, Sozialamtsaufgaben, Welcome Center für NeubürgerInnen und Ausländeraufgaben, Versorgungsämter) (siehe S. 14 ff. Konzept).

Die Phase 3 soll geprägt sein von der Evaluierung und ggf. Modifizierung sowie der Implementation verbesserter Technik, z. .B. Dienstleistungsangebote im Internet.

- 5. Infotheken und Servicezentren sollen
 - a) ihre Öffnungszeiten aufeinander abstimmen,
 - b) eine Aufgabenteilung erhalten, so dass die für die BügerInnen wichtigen Dienstleistungen des Servicezentrums an der Infotheke angeboten werden,
 - c) die Öffnungszeiten gemäß den vorliegenden Erfahrungen aus den Meldehallen gestalten.
 - d) Zu überprüfen ist, ob tatsächlich Kundenbedarf an einer generellen Öffnung bereits um 7:00 Uhr besteht und die zusätzlichen 2 Nachmittage nicht bis 20:00 Uhr erweitert werden sollten.
- 6. Die Neueinstellungen werden dann vorgenommen, wenn
 - a) die vorhandenen MitarbeiterInnen mit dem Gesamtkonzept und den neuen Gesamtanforderungen vertraut gemacht wurden und in den Verwaltungsabläufen geschult sind, die ihnen nicht vertraut sind, und
 - b) die in der zweiten Phase vorgesehene Ankopplung einiger Aufgabenbereiche aus den Fachämtern erfolgt ist.

- 7. Es wird angeregt, einen der Nachmittage in Kooperation mit anderen Behörden mit Publikumsverkehr (z. B. Finanzamt) als Markenzeichen "Behördenservicetag" zu besetzen.
- 8. Die Seiten und Passagen des Konzeptes sind gemäß der Punkte 1 bis 7 zu ändern und der Bezirksvertretung Kalk vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Mit 9 Stimmen (CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) gegen 7 Stimmen (SPD-Fraktion, Einzelvertreterin Wirtz –FDP-, Einzelvertreter Demirel -Die Linke.Köln-, Einzelvertreter Kirchner –NPD-) zugestimmt.

8.2.2 Leuchtenkonzept 2008 für die Kölner Stadtbezirke 2 bis 9 0786/2008 Ersetzungsantrag der SPD-Fraktion vom 26.08.2008 AN/1698/2008

Hinweis: Der Ersetzungsantrag der SPD-Fraktion liegt als Tischvorlage vor.

Bezirksbürgermeister Dohm stellt den <u>neuen</u> Beschlussvorschlag gemäß dem vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion zur Abstimmung:

Beschluss:

- 1. Die Bezirksvertretung Kalk stellt fest:
 - a. Das Ziel, die Anzahl der Leuchtentypen zu begrenzen und einzelne Leuchten entsprechend ihrer Funktion und ihrer Gestaltung einzelnen Straßen und Plätzen in den Ortslagen zuzuordnen, wird begrüßt.
 - b. Das von der Verwaltung vorgelegte Leuchtenkonzept erfüllt dieses Ziel aber noch nicht ausreichend, da weiterhin 12 verschiedene Leuchtentypen vorgehalten werden und
 - c. für wesentliche Teile des Stadtbezirkes 8 in dem Konzept überhaupt keine Festlegung getroffen wird. Dies gilt insbesondere für die Hauptverbindungsstraßen des Bezirkes in den Ortslagen Humboldt/Gremberg (teilweise), Vingst und Ostheim und fast alle Wohngebiete.
 - d. Zudem kann nicht nachvollzogen werden, warum in dem Konzept für den gesamten Stadtteil Neubrück überhaupt keine Regelung getroffen werden soll.
- 2. Aus diesen Gründen lehnt die Bezirksvertretung Kalk die Beschlussvorlage ab.
- 3. Die Bezirksvertretung Kalk bittet den Stadtentwicklungsausschuss stattdessen, die Verwaltung zu beauftragen, ein überarbeitetes Konzept vorzulegen, das folgende Punkte berücksichtigt:
 - a. Die Anzahl der verwendeten Leuchtentypen ist weiter zu reduzieren.
 - b. Es sollen verbindliche Festlegungen für alle Gebiete des Stadtbezirkes 8 getroffen werden, wobei für Straßen und Plätze mit gleichartigem Straßencharakter (z.B. alle Anliegerstraßen in Wohngebieten) grundsätzlich auch gleichartige Leuchtentypen festgelegt werden sollen.
 - c. Zumindest für die Hauptverbindungsstraßen des Stadtbezirkes 8 (z. B. Ostheimer Straße und Rösrather Straße, Frankfurter Straße auch in den Ortslagen Vingst und Ostheim) sollen Leuchtentypen festgelegt werden, wobei bei gleichartigen Verhältnissen auch gleichartige Leuchtentypen festgelegt werden sollen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

8.2.3 Beschluss über die Einleitung sowie Satzungsbeschluss betreffend die vereinfachte 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 70459/05
Arbeitstitel: Kunftstraße in Köln-Kalk, 1. Änderung
2906/2008

Hinweis: Die Anlage 4 (= Auszug aus dem Entwurf der Niederschrift der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses vom 14.08.2008) liegt als Tischvorlage vor.

Bezirksbürgermeister Dohm lässt über den geänderten Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen:

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Kalk empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt das Änderungsverfahren des Bebauungsplanes Nr. 70459/05 gemäß § 2 Abs. 1 i. V. m. § 1 Abs. 8 Baugesetzbuch (BauGB) im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB für das Gebiet zwischen der Istanbulstraße im Norden, dem Sondergebiet "Baumarkt und Gartencenter" im Westen, der privaten Grünfläche im Osten und der südlichen Grenze der im Gewerbegebiet 3 liegenden Flurstücke 177 und 147 — Arbeitstitel: Kunftstraße in Köln-Kalk, 1. Änderung— einzuleiten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

8.2.4 Geschäftsordnung für den Beirat der KölnBäder GmbH 3481/2008

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Kalk vertagt den Punkt in die nächste Sitzung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.